

Stellungnahme zum Fall Mouhamed Dramé

Der Tod des 16-jährigen Mouhamed Lamin Dramé am 8. August 2022 in Dortmund, der durch polizeiliche Gewaltanwendung ums Leben kam, wirft ernsthafte Fragen hinsichtlich strukturellem Rassismus und der Rolle der Sozialen Arbeit in solchen Kontexten auf.

Als Berufsverband für Soziale Arbeit in Nordrhein-Westfalen sehen wir es als unsere Pflicht an, auf die tiefgreifenden gesellschaftlichen Probleme hinzuweisen, die durch diesen Vorfall sichtbar werden.

Kritik an polizeilichem Handeln und strukturellem Rassismus

Der Einsatz tödlicher Gewalt gegen einen jungen, Schwarzen Geflüchteten verdeutlicht die dringende Notwendigkeit, rassistische Strukturen innerhalb der Sicherheitsbehörden zu hinterfragen und abzubauen. Studien und Berichte, wie der des Sachverständigenrats für Integration und Migration, weisen auf die Problematik des Racial Profiling und die ungleiche Behandlung von Menschen mit Migrationshintergrund durch die Polizei hin.

Stigmatisierung psychisch kranker Menschen als Gefährdung

Der Fall Mouhamed Lamin Dramé zeigt auch ein weiteres, gravierendes Problem: die Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen als potenzielle Bedrohung. Mouhamed befand sich nachweislich in einer psychischen Ausnahmesituation, die einfühlsame und deeskalierende Interventionen erfordert hätte. Stattdessen wurde er als Gefahr wahrgenommen und mit unverhältnismäßiger Gewalt behandelt.

Diese Fehlwahrnehmung basiert auf gesellschaftlichen Vorurteilen, die psychische Erkrankungen mit Unberechenbarkeit und Gewaltbereitschaft gleichsetzen. Solche Stigmatisierungen führen dazu, dass Menschen in psychischen Krisen nicht die notwendige Unterstützung erhalten und stattdessen häufig kriminalisiert werden.

Die Soziale Arbeit muss sich dieser Problematik bewusst stellen und aktiv dazu beitragen,

Vorurteile abzubauen. Dazu gehört, psychische Erkrankungen zu enttabuisieren und die Gesellschaft für die Bedürfnisse von Menschen in Krisensituationen zu sensibilisieren.

Verantwortung der Sozialen Arbeit

Die Soziale Arbeit trägt eine besondere Verantwortung, sich gegen Diskriminierung und für die Rechte marginalisierter Gruppen einzusetzen. Der Fall Mouhamed Lamin Dramé zeigt, dass es notwendig ist, die eigenen Verstrickungen in rassistische und stigmatisierende Strukturen kritisch zu reflektieren und aktiv an deren Abbau mitzuwirken. Veranstaltungen wie die von der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit organisierte Tagung "Justice for Mouhamed Lamin Dramé! Tödliche Polizeigewalt und Rassismus, (k)ein Thema der Sozialen Arbeit?" sind wichtige Schritte, um dieses Bewusstsein zu schärfen und Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Forderungen

Wir fordern eine umfassende Aufklärung des Falls und die Implementierung von Maßnahmen, die sicherstellen, dass sich derartige Vorfälle nicht wiederholen. Dazu gehören unter anderem:

- Unabhängige Untersuchungen von Polizeieinsätzen mit Todesfolge.
- Antirassismus-Trainings für Polizeikräfte und Mitarbeitende in sozialen Berufen.
- Förderung einer rassistuskritischen und stigmafremen Haltung innerhalb der Sozialen Arbeit durch Aus- und Weiterbildung.
- Deeskalationstrainings für Polizei und Fachkräfte, die den Umgang mit psychisch erkrankten Menschen in Krisensituationen verbessern.
- Stärkere Vernetzung zwischen Sozialer Arbeit und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen Rassismus und für psychische Gesundheit engagieren.

Fazit

Der Fall Mouhamed Lamin Dramé mahnt uns, unsere gesellschaftliche Verantwortung ernst zu nehmen und aktiv für eine gerechtere und diskriminierungsfreie Gesellschaft einzutreten. Dabei dürfen weder rassistische Vorurteile noch die Stigmatisierung psychisch kranker Menschen als Gefährdung toleriert werden. Eine inklusive und empathische Gesellschaft ist nur möglich, wenn wir uns diesen Herausforderungen mit Entschlossenheit stellen.